



Die Firma Hofmann-Menü will an der Straße Windischbuch-Bobstadt, auf dem Gewerbegebiet Boxberg-Seehof, ihre neue Produktionsstätte samt Verwaltung ansiedeln und die drei bisherigen Betriebsstätten in Schweigern, Unterschüpf und Tauberbischofsheim zusammenlegen. In seiner jüngsten Sitzung gab der Planungsausschuss des Regionalverbandes Heilbronn-Franken mit großer Mehrheit seine Zustimmung. Die fünf Fraktionsmitglieder der Grünen enthielten sich bei der Abstimmung.

BILD: WERNER PALMERT

Planungsausschuss Heilbronn-Franken tagte: Gremium stimmte in der Sitzung in Krautheim mit großer Mehrheit dem Vorhaben des größten Boxberger Arbeitgebers zu

## Neubauplanung der Hofmann-Menü auf dem Seehof nahm wichtige Hürde

Der Planungsausschuss des Regionalverbandes Heilbronn-Franken stimmte der Bündelung der drei Standorte von Hofmann-Menü auf dem Seehof Areal in Windischbuch zu. Nur die Grünen hatten „Bauchschmerzen“.

Von Werner Palmert

**Krautheim/Boxberg.** Die Hofmann-Menü-Manufaktur, mit Stammsitz im Boxberger Stadtteil Schweigern, kann ihre Neubauplanung für die Verlagerung an den als Schwerpunkt für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen (IGD) ausgewiesenen Standort Seehof in Windischbuch weiterverfolgen. Mit der Zustimmung einer großen Mehrheit der Mitglieder des Planungsausschusses des Regionalverbandes Heilbronn-Franken wurde in der jüngsten Sitzung des Gremiums in Krautheim eine wichtige Hürde für dieses Vorhaben genommen. Lediglich die Fraktion der Grünen im Planungsausschuss enthielt sich der Stimme.

In ihren Stellungnahmen begrüßten sowohl der ehemalige Boxberger

Bürgermeister Christian Kremer (FWV) als auch der frühere Tauberbischofsheimer Bürgermeister Wolfgang Vockel (CDU), die dem Planungsausschuss noch angehören, die eindeutige Entscheidung des Gremiums. Der Bad Mergentheimer Stadtrat und Fraktionsmitglied der Grünen im Regionalverband, Thomas Tuschhoff, hatte „Bauchschmerzen“ und enthielt sich mit seinen Fraktionskollegen der Stimme.

### Wichtiger Arbeitgeber

Christian Kremer unterstrich in seiner Wortmeldung die enorme Wichtigkeit für den Erhalt der Firma Hofmann-Menü in Boxberg. Immerhin bietet das Unternehmen rund 1300 Arbeitsplätze und zählt damit zu den größten Arbeitgebern im Main-Tauber-Kreis. Noch in seiner Amtszeit seien die Umsiedlungspläne mit der Firmenleitung diskutiert worden, doch schon damals habe sich gezeigt, dass eine Erweiterung am bestehenden Hauptsitz im Schweigerner Industriegebiet keine passende Lösung darstellte.

Die mit der Betriebsverlagerung auf das Industriegebiet Boxberg-Seehof verbundene Überschreitung der gebietsscharfen Abgrenzung von rund 13 Prozent, sei in diesem Falle vertretbar. Durch die auf dem alten Areal in Schweigern anschließend vorgesehene verdichtete Wohnbau-

weise, komme man den Umweltbestimmungen für einen schonenden Flächenverbrauch nach.

### Bauchschmerzen bei Grünen

„Wir wollen die Entwicklung einer in der Region beheimateten Firma nicht verhindern“, so der Sprecher der Grünen-Fraktion, Thomas Tuschhoff. „Die vorgelegte Planung macht uns aber Bauchschmerzen, denn 12,7 Hektar landwirtschaftliche Fläche, die bisher nicht für die Gewerbeansiedlung vorgesehen war, soll jetzt für einen Betrieb geopfert werden“. Das sei nicht mit dem Ziel der Landesregierung, den „Flächenfraß zu stoppen“, vereinbar.

Hinzu komme, dass es sich beim Seehof-Gelände um einen nicht integrierten Standort fernab von Siedlungsgebieten handle. Weiter bemängelte Tuschhoff, dass der neue Standort, anders als in der Beschlussvorlage behauptet, keinen Anschluss an den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) oder gar an den Schienen Personen Nahverkehr (SPNV) biete, lediglich eine Ruf-taxiverbindung bestehe.

Der neue Standort möge für die Firma Vorteile bringen, für die Mitarbeiter sah Tuschhoff durch längere Anfahrtswege mit dem privaten Pkw, durch steigende Treibstoffpreise und der geringen Bezahlung allerdings eine starke finanzielle Belastung. Am aktuellen Standort Schwe-

gern würde dagegen sogar ein SPNV-Anschluss bestehen, wenn dort der frühere Haltepunkt wieder reaktiviert würde.

Dies würde man von Seiten der Grünen sehr begrüßen, sei es doch das erklärte Ziel seiner Partei den laufenden dreijährigen Probebetrieb einer Regionalbahn, mit Halt an Unterwegs-Bahnhöfen zwischen Osterburken und Lauda, in einen Dauerbetrieb zu überführen. Das Fahrgastpotenzial der Firma Menü-Hofmann wäre dafür sehr wichtig.

Ihre Zustimmung machten die Grünen von mehreren Kriterien abhängig: Reduzierung der überbauten Fläche durch Geschossbauweise, Festsetzung einer Photovoltaikpflicht die weit mehr als die geplanten 25 Prozent der Dachfläche umfasst, Anbindung des Gewerbegebietes an einen regelmäßigen Busverkehr, Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts der Firma für die Beschäftigten und die Umwandlung des jetzigen Firmenareals in Schweigern in Wohnbebauung oder dessen Renaturierung.

### CDU begrüßt Bündelung

Wolfgang Vockel, Vertreter der CDU-Fraktion, sah dies „fundamental anders“. Grundsätzlich dürfe kein Eingriff in die kommunale Bauleitplanung erfolgen. Die Bündelung der drei Hofmann-Betriebsstandorte Schweigern, Unterschüpf und

Tauberbischofsheim auf dem Seehof, sei ein Meilenstein in der langjährigen Geschichte des Unternehmens und schon alleine aus logistischen Überlegungen heraus nur zu begrüßen. Die Manufaktur produziere täglich über 200 000 Essenportionen und sei neben dem beachtlichen Angebot an Arbeitsplätzen auch der größte Abnehmer und Veredler der heimischen Landwirtschaft und der benachbarten Landesanstalt für Schweinefleisch.

Die Hinweise der Verbandsversammlung zur PV-Pflicht und zum späteren Umfang mit den Bestandsstandorten seien angebracht und in die kommunale Bauleitplanung einzubeziehen, führte Vockel aus. Für die Gewährung der Ausnahme aus regionalplanerischer Sicht seien diese Punkte aber nicht relevant. Das Projekt sei daher zu begrüßen. Eine solche Fabrik gehöre in ein Industriegebiet und es gäbe auch keine Alternative. Umso erfreulicher bewertete Vockel die Einschätzung der Verbandsverwaltung, die zu dem Ergebnis kommt, dass die strengen Voraussetzungen für eine Ausnahme erfüllt seien.

Die CDU-Fraktion trage die Beschlussempfehlung der Verbandsverwaltung vorbehaltlos mit. Dem Land, der Raumordnungsbehörde und der Fiskalverwaltung empfahl er gleichfalls den Weg für das Vorhaben freizumachen.

**Bahn:** Deutschlandtakt in der Region vertagt

## Ja zu Freiflächen-Photovoltaik

**Krautheim.** In der Sitzung in Krautheim stimmte der Planungsausschuss auch der 20. Änderung des Regionalplans zu. Damit wird die Ausweisung von weiteren Vorbehaltsgebieten für regionalbedeutende Photovoltaikanlagen und die Anpassung der Ausnahmeregelung für Freiflächen-Photovoltaikanlagen in regionalen Grünzügen möglich. Eine solche Erweiterung ist auch für den Solarpark südlich von Tauberbischofsheim auf der Gemarkung des Stadtteils Dittigheim vorgesehen.

In einer der künftigen Sitzungen wird sich der Planungsausschuss auch mit dem Thema „Deutschlandtakt der Bahn in der Region Heilbronn-Franken“ beschäftigen. In einem ersten Sachvortrag stellte Dr. Felix Berschin, Strategie bei der Nahverkehrsplanung Südwest, den Verantwortlichen für bisherigen Verlauf der Planungen ein Armutszeugnis aus: „Kein Plan, keine Ideen, Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander, dem Planungsfeuerwerk der rund 3000 beteiligten Planer folgte ein Umsetzungsstillstand“.

### Extreme Kostenexplosion

Die Folge seien eine extreme Kostenexplosion und wenig Effizienz. Verschlechterungen gehörten zum Bahntag in der Region. Im Ergebnis heißt das: „Die Einbindung des Oberzentrums Heilbronn und der gesamten Region Heilbronn-Franken in den Schienenpersonennahverkehr kann angesichts einer Einwohnerzahl von 920 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 42 Milliarden Euro im Jahre 2017 niemanden zufrieden stellen. Auch vor dem Hintergrund der Mobilitätswende und der notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz ist der Anteil des Schienenverkehrs zur Entlastung der Verkehrsadern A 6 und A 81 an den täglich anfallenden Wegen spürbar zu erhöhen“.

Zwischenzeitlich angekündigte IC-Linien ab 2028 oder die temporäre und lückenhafte ICE-Anbindung während der Buga 2019 in Heilbronn hätten keine Trendwende eingeläutet. Dem Antrag des CDU-Fraktions-sprechers Frey auf Vertagung und separate Behandlung dieses Themas folgte das Gremium einstimmig. *pal*

### Historischer Verein

## Führung und Vortrag

**Wertheim.** Der Numismatik-Arbeitskreis des Historischen Vereins in Wertheim feiert sein 50-jähriges Bestehen. Anlässlich des Jubiläums befasst sich im März noch eine Veranstaltung im Grafenschaftsmuseum mit dem Thema Münzen. Aber auch einem Restaurator können Interessierte bei einem Lichtbildervortrag über die Schulter schauen.

### Münzen bestimmen

Am Sonntag, 27. März, heißt es im Modersohnsaal „Münzen bestimmen“ mit den Numismatikern Jürgen Morschek, Fritz Wettengen und Sergej Schneider. Auch danach stehen die Experten für Fragen rund um das Thema Münzen zur Verfügung.

Eine Antwort auf die Frage „Was empfindet ein Restaurator, wenn er das Werk eines bedeutenden Malers restauriert?“ gibt Georg Pracher am Donnerstag, 24. März, um 19 Uhr. Der Restaurator gewährt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Modersohnsaal bei seinem Lichtbildervortrag „Ein Blick hinter die Kulissen“ seiner Arbeit. Das ist auch für Jugendliche eine Möglichkeit, das Berufsfeld kennenzulernen. Eine Anmeldung unter grafenschaftsmuseum@t-online.de oder unter Telefon 09342/301 512 ist erforderlich. Weitere Informationen gibt es unter www.grafenschaftsmuseum.de im Internet.

**Leserbrief:** Zum Bericht „Hohe Trinkwassergüte aus Quellen vor Ort“ (FN, 16. März)

## Für Autarkie und gegen den Ausverkauf der Heimat entschieden

**E**in ganzseitiger Bericht der FN zeichnet unseren neuen Wasserverband als Erfolgsgeschichte. Das freut mich als beteiligten Gemeinderat außerordentlich. Geplant war es so nämlich nicht.

Die Neuordnung der Wasserversorgung war zwingend, da die EU ihre Wasserrichtlinien so verschärft hatte, dass kleinere Wasserwerke nur unter riesigem Aufwand in der Lage gewesen wären, diese Richtlinien zu erfüllen. Es kam der Verdacht auf, dass die EU die Verschär-

fung der Richtlinien benutzen wolle, um Teile der Wasserversorgung einem Privatisierungsprogramm zu unterwerfen.

Vor allem 4000 kleinere Wasserwerke in Deutschland schienen der EU zu viel zu sein. Diese offensichtliche Privatisierungsabsicht konnte gestoppt werden durch eine europaweite Protestbewegung „Right to water“.

In den Gemeinderat kam das Thema lapidar über den Tagesordnungspunkt Bekanntgaben: Eine

neue Wasserkonzeption werde erstellt werden. Schon hier gab es einige Stimmen, dass die Kontrolle über das Wasser bei uns bleiben solle.

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung in der Festhalle, wo sämtliche Gemeinderäte der angesprochenen Gemeinden den Bürgermeistern und Vertretern von Fachbüros und der NOW gegenüber saßen, schien aber die Übergabe der Versorgung an einen großen Verband bevorzugt zu werden.

Der Widerstand, unser Wasser an eine auswärtige Gruppe abzugeben, formierte sich dann sehr schnell und führte letztlich zu einer Gruppierung von Gemeinderäten, mehrheitlich fraktionsübergreifend aus Lauda, die sich dem Thema widmete.

In mehreren informellen Treffen wurde eine gemeinsame Linie gesucht und zuerst eine Mehrheit im Gemeinderat von Lauda sichergestellt.

Der Rat in Tauberbischofsheim schloss sich an. Werbach und die

Grünbachgruppe mussten dann folgen.

Die Entscheidung einen eigenen Zweckverband zu gründen, um auch zukünftig selbst über unsere wichtigste Ressource bestimmen zu können, war richtig und ist ein riesiger Erfolg für die kommunale Selbstverwaltung. Die beteiligten Räte haben sich für die Autarkie entschieden und gegen den Ausverkauf ihrer Heimat.

**Johannes Benz**, Stadtrat, Tauberbischofsheim